



Stellungnahme

zur Anhörung durch den Landtag NRW

Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
am 29. Oktober 2025

**NRW muss funktionieren: Gesundheit vor Ort: Erreichbare
Versorgung, wenn sie gebraucht wird**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/13810

Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen

Willstätterstr. 10

40549 Düsseldorf

Tel: (0211) 52 28 47 – 0

Fax: (0211) 52 28 47 – 15

info@ptk-nrw.de

www.ptk-nrw.de

(Stand 22.10.2025)

Die Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen (PTK NRW) bedankt sich für die Möglichkeit, zum Antrag der Fraktion der SPD: „**NRW muss funktionieren: Gesundheit vor Ort: Erreichbare Versorgung, wenn sie gebraucht wird**“ Stellung nehmen zu können.

Einleitung

Die Feststellungen zur Ausgangslage werden im Grundsatz aus Sicht der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen begrüßt. Ein wohnortnaher und niederschwelliger Zugang in u.a. die psychotherapeutische Versorgung ist z.B. gerade für Kinder und Jugendliche, mehr und mehr aber auch für ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen wichtig und essenziell. Bemühungen, diese Wohnortnähe zu unterstützen oder auszubauen, verdienen daher zu Recht verstärkt Aufmerksamkeit und politisches Engagement.

Hierbei dürfte dann aber auch v.a. eine Reform der Bedarfsplanung mit z.B. der Umsetzung einer Beplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen bedacht werden müssen. Auch die weitere Prüfung von Zulassungen auf der Grundlage von § 103 Abs. 2 Satz 4 SGB V in Nordrhein-Westfalen, wie sie auf Initiative der Landesregierung im Januar 2024 umgesetzt wurde, kann einen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung unter dem Aspekt von Wohnortnähe leisten, gerade in ländlichen Gebieten.

Die Rolle von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in der psychotherapeutischen Versorgung wiederum kann aus Sicht der Psychotherapeutenkammer noch nicht bewertet werden, da es hierzu schlicht an aussagekräftigen Daten mangelt und deren Erhebung nicht in die Zuständigkeit der Psychotherapeutenkammer fällt. Es ist aber zu vermuten, dass es tatsächlich nur eine vergleichsweise kleine Anzahl von MVZ in Nordrhein-Westfalen unter psychotherapeutischer Leitung geben dürfte. Weitere Auskünfte dürften daher bei den Kassenärztlichen Vereinigungen erfragbar sein, in deren Zuständigkeit sowohl die Sicherstellung der Versorgung als auch die verschiedenen zulassungsrechtlichen Organisationsformen der Niederlassung im ambulanten Bereich fallen.

Das Leitbild eines „Health in all policies“-Ansatzes wiederum erscheint besonders zielführend gerade dann, wenn z.B. auch Aspekte wie Klimaschutz als Gesundheitsschutz Eingang in ressortübergreifende politische Überlegungen zu Gesundheitspolitik, Gesundheitsförderung und Sicherung von Lebensqualität finden. Auch Klimaschutz erfordert unter gesundheitspolitischer Betrachtung Maßnahmen in vielen Politikbereichen außerhalb des klassischen Gesundheitsbereiches (etwa städtebaulicher Art, bildungspolitischer Zielsetzungen oder z.B. im Arbeitsschutz).

Zu den Forderungen des Antrages unter III. im Einzelnen

Grundsätzlich stellt sich aus Sicht der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen die Frage, ob die bereits bestehenden kommunalen Gesundheitskonferenzen bei den angedachten Netzwerken u.U. eine Rolle dergestalt spielen könnten, als dass dort z.B. auch quartiersnah Informationen zu Versorgungssituation und -bedarfen zusammenlaufen und entsprechend an andere Stellen weitergegeben werden können. Auch gibt es bereits jetzt schon unterschiedlich ausgestaltete Netzstrukturen im Bereich der ambulanten Versorgung, die v.a. im Zuständigkeitsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung adressiert werden.

Hinsichtlich der Vorschläge zur Vereinfachung von Telemedizin kann für den Bereich der psychotherapeutischen Versorgung festgehalten werden, dass es hierzu bereits gute Angebote (Videosprechstunde) und auch eine Infrastruktur gibt (Telematik), deren Alltagstauglichkeit allerdings eher technischen und IT-spezifischen Limitationen unterliegt. Die Nutzung von Videosprechstunden scheint bereits in ausreichendem und zielführenden Maße Umsetzung zu finden, so dass es hierzu aus Sicht der Psychotherapeutenkammer keiner neuen Initiativen bedarf. Aktuell wird diskutiert, wie eine sachgerechte und berufsrechtlich vertretbare Nutzung von Videosprechstunden bei verschiedenen psychotherapeutischen Leistungen, also auch z.B. zu Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung, erleichtert und umgesetzt werden können. Die digitale Kommunikation zwischen Leistungserbringenden wird durch den sog. KIM-Dienst im Rahmen der Telematik-Infrastruktur adressiert, ein Dienst zur sicheren Kommunikation zwischen Praxen und Patientinnen und Patienten befindet sich im Aufbau. Auch diese Dienste fallen allerdings in die Zuständigkeit der Kassenärztlichen (Bundes-)Vereinigung, so dass weiterführende Informationen von dort zu erhalten sein dürften. Grundsätzlich begrüßt die Psychotherapeutenkammer die Forderung, eine bessere Förderung im Bereich der Digitalisierung auch von psychotherapeutischen Praxen zu erreichen.

Die Förderung und Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren dürfte wohl vornehmlich einer Bewertung der Versorgungslage u.a. durch die Kassenärztlichen Vereinigungen unter Aspekten der Sicherstellung unterliegen; aus Sicht der Psychotherapeutenkammer wäre es bei weitergehenden Überlegungen hierzu allerdings bedenkenswert, dass in solchen MVZ Zugänge insbesondere auch in die psychotherapeutische Versorgung hinein adressiert werden sollten. Hierzu wäre dann zu prüfen, inwiefern im betroffenen Planungsgebiet eine Unterversorgung mit Psychotherapie festzustellen ist, die durch eine Ansiedlung von psychotherapeutischen Leistungserbringenden in einem (kommunalen) MVZ aufgefangen werden könnte.

Neue, zusätzliche MVZ v.a. in kommunaler Trägerschaft würden aus Sicht der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen insofern wohl v.a. Sinn im Kontext drohender oder bestehender Unterversorgung und deren Beseitigung machen.